

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn!



Rede (**Langfassung**) von

Dr. Matthias Oechsner

Stadtrat

Sprecher der FDP im Stuttgarter Gemeinderat

Allgemeine Aussprache zum Doppelhaushalt 2016/2017

Ort: Rathaus Stuttgart
Großer Sitzungssaal

Datum: 22. Oktober 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer,

Haushaltsberatungen in Stuttgart sollten eigentlich eine Freude sein, befindet sich die Landeshauptstadt doch in einer sehr komfortablen Situation. De facto sind wir schuldenfrei und selbst der Blick in die Zukunft muss einen nicht gänzlich verzweifeln lassen. Stuttgart hat einen ausgewogenen Mix an Großindustrie und kleine und mittelständige Unternehmen. Gerade die letztgenannten tragen zu einer soliden Einnahmesituation bei. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist dies wahrlich erfreulich. Abwanderungstendenzen der fast 43.000 kleine und mittelständige Unternehmen sind nur gering zu erkennen – das könnte sich ändern – werben doch die Nachbargemeinden unverhohlen mit neuen Gewerbegebieten und geringer Gewerbesteuer. Daher erteile ich bereits an dieser Stelle Plänen zur Erhöhung der Gewerbesteuer eine klare Absage.

Trotz dieser guten Ausgangslage befinden wir uns heute in einem Spannungsfeld, sozusagen in der Mitte eines Dreiecks, welches unsere Beratungen beeinflussen wird.

Auf der einen Seite sind die noch nicht abzuschätzenden Aufwendungen im Bereich der Flüchtlingsproblematik, der wir uns stellen müssen und wollen. Der zweite Punkt ist die Unsicherheit im Bereich der Gewerbesteuer, im Konkreten die Auswirkungen der Vorfälle bei VW auf die Gewerbesteuerzahlungen bei Porsche.

Letztlich haben wir den Haushaltsentwurf zum Doppelhaushalt, der an sich erst einmal ausgewogen erscheint, in dem jedoch je nach Sichtweise die eine oder andere Investition fehlt, oder aber im einen oder anderen Punkt ein wenig zu großzügig ausgestaltet ist.

Der Mensch als selbstbestimmtes Individuum steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Menschen müssen Fehler machen und auch selbst ausbaden dürfen. Die eher radikal liberale Sichtweise – der Mensch ist seines Glückes Schmied und wenn er

kein Glück hat ist er halt selbst Schuld – ist jedoch nicht die Sichtweise der Freien Demokraten im Gemeinderat.

Vielmehr sehen wir unsere soziale Verantwortung für Menschen darin ihnen Hilfen anzubieten damit sie Ihr Leben selbstbestimmt leben können und haben hierauf einen inhaltlichen Schwerpunkt mit 18 unserer 65 Anträge gelegt. Wir haben einige Projekte herausgefiltert deren Fortführung oder Ausweitung wir als zwingend notwendig erachten. *(wie z.B. Dialog macht Schule, Pro Kids des Caritasverbandes, den Ausbau der Kriegsbergstrasse 40, das Projekt Ausbildungschance, Mobile Jugendarbeit, Förderung von Begegnungsstätten, Unterstützung des UN-Behindertenbeauftragten und einige mehr.)* Ein Projekt aus diesem Teil möchte ich an dieser Stelle deutlich herausstellen. Das MedMobil sichert die Verbesserung der gesundheitlichen Situation wohnungsloser Menschen. Wir sind der Überzeugung, dass diese Menschen, nicht sich selbst und der Straße überlassen werden dürfen. Das Angebot muss daher Aufrecht erhalten werden.

Der Umgang mit den Flüchtlingsströmen nach Deutschland ist eine große Herausforderung. Es ist richtig, dass wir Menschen in Not helfen. Dumpfe Abschottungspolemik und fremdenfeindliche Ressentiments haben keinen Platz in einer toleranten Gesellschaft. Genauso richtig ist es jedoch auch zu erkennen, dass dies mit enormen Herausforderungen verbunden ist. Es wäre naiv, das zu ignorieren. Politik darf nicht nur sagen: „Wir schaffen das!“ sondern wir brauchen einen Plan „wie“ wir das schaffen.

Kriegsflüchtlingen wollen wir solange Schutz gewähren, bis die Bedrohung von Leib und Leben in ihrer Heimat vorüber ist. Solange die Bedrohung anhält, droht keine Abschiebung. Für diejenigen Kriegsflüchtlinge, oder Zuwanderer aus anderen Beweggründen, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, ist das Asylrecht das falsche Instrument. Dazu benötigen wir zügig ein Einwanderungsgesetz, das die Anforderungen und Kriterien hierfür klarstellt.

Die Bundesregierung hat dazu keinen Plan und treibt die Menschen in die Hände von polemisierenden Angstmachern und Extremisten am rechten Rand. Unser Staat geht organisatorisch in die Knie und die Verunsicherung reicht bis tief in die Mitte der

Gesellschaft. **Damit** wir in Stuttgart die Versäumnisse des Bundes auffangen können und entsprechende Konzepte entwickeln, fordern wir eine zusätzliche Stelle in der Sozialplanung – Schwerpunkt Flüchtlinge.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Kommunen sind – trotz großer Anstrengungen – völlig überfordert. Ohne die massive ehrenamtliche Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, wären die Verhältnisse noch schlimmer. Daher fordern wir zur Unterstützung der Ehrenamtlichen eine weitere hauptamtliche Stelle als Ergänzung zur vorhandenen 75% Stelle.

Auch ist es vor dem Hintergrund der großen Menge an zu betreuenden Menschen notwendig die Betreuungsschlüssel auf 1:120 anzupassen. Auch wenn dies ein hohes finanzielles Engagement der Stadt bedeutet sehen wir dies als eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik an.

Sprache ist der Schlüssel zur Kultur eines Landes. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Ohne Sprache verpuffen alle weiteren Ansätze ohne Wirkung. Dies gilt für alle Menschen die Ihr eigenes Land verlassen und woanders Ihr Glück versuchen möchten.

Um möglichst schnell Menschen mit Bleibeperspektive die Möglichkeit des Erlernens unserer Sprache zu ermöglichen fordern wir für die Clearingstelle sprachliche Integration beim Sozialamt die Aufstockung um eine Stelle. Darüber hinaus sehen wir in sogenannten Sprach-Apps eine gute Möglichkeit lernwilligen Neu-Stuttgartern ein niederschwelliges Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache anzubieten. Folgerichtig fordern wir auch, wo immer möglich, in den Unterkünften Internetzugänge mit WLAN anzubieten.

Ich verlasse jetzt den sozialpolitischen Bereich und wende mich einem weiteren Schwerpunktthema der Freien Demokraten zu. Wer sich in unserer Stadt bewegt, sei es als Fußgänger, Radfahrer oder mit dem PKW, bemerkt leicht den morbiden Charme unserer Infrastruktur. Risse, Löcher und lose Platten prägen das Bild oder Ausbesserungen mit Asphalt wo sonst Platten als Belag dienen. Das ist nicht nur unschön, also ein kosmetisches Problem, nein, das ist eine Frage des Umgangs mit

dem Vermögen der Stadt. Wenn man sich also die Mühe macht, die Vermögenswerte laut Jahresabschluss zu vergleichen, hat die Stadt, **trotz** Zubaus, einen Vermögensverlust, von 10% zu verzeichnen.

Die Gründe sind schnell identifiziert, ein Blick in die Finanzierung des Infrastrukturvermögens weist eine chronische Unterfinanzierung – also Abschreibung abzüglich Erneuerung Bestand – in der Größenordnung von 35 Mio. € auf. Die Untergrenze des gerade noch vertretbaren, jedoch auch auf Verschleiß gefahrenen zusätzlichen dauerhaften Budget wird vom zuständigen Referat – sehr bescheiden – mit 6 Mio. € benannt. Unserer Ansicht nach gehört es zu den Kernaufgaben der Stadt die gesamte Infrastruktur werterhaltend zu Erneuern und wir beantragen daher ein zusätzliches dauerhaftes Budget i.H. von 6 Mio. € ab 2016 und jeweils weitere 3 Mio. € in den folgenden Jahren, *um das Ziel, die Abschreibungen zu reinvestieren*, zu erreichen.

Bei den nicht zur Umsetzung angedachten Einzelmaßnahmen wollen wir den Vollanschluss der Breitwiesenstraße/Nord-Süd-Straße in Möhringen aufgenommen sehen sowie die Planungsmittel für die Umstrukturierung der B10/B27 an der Friedrichswahl in Zuffenhausen, einem Bauwerk des letzten Jahrtausends bei dessen Abriss nicht einmal graue Energie vernichtet werden würde.

Nicht unerwähnt möchte ich den Kelterplatz in Wangen lassen, dessen Neugestaltung logische Konsequenz aus der Renovierung der Kelter ist sowie die Planungsmittel für die Schwab- und Johannesstraße im Stuttgarter Westen.

Der Verkehr in der Stadt ist ein viel diskutiertes Thema, dem sicherlich in diesen Haushaltsberatungen ein größerer Platz eingeräumt werden wird. Neben der Frage nach der Zukunft der ÖPNV Finanzierung stellt sich für uns auch die Frage der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverflüssigung. Wir setzen hierbei nicht auf Verbote sondern auf Angebote. Eine Möglichkeit zur Vermeidung stellt z.B. der Ausbau von Park und Ride Plätzen dar, verbunden mit dem attraktiven Angebot der Kombitickets – Parken und ÖPNV fahren. Dies möchten wir prüfen lassen.

Erstaunt sind wir, dass in den kommenden Jahren kein Kreisverkehr realisiert werden soll, stellt dies unseres Erachtens nach doch eine gute Möglichkeit dar, Verkehr zu verflüssigen, Standzeiten zu vermeiden und darüber hinaus auch noch

Betriebskosten von Ampelanlagen einzusparen. *Wir würden gerne erfahren, welche Gründe für die Einstellung des weiteren Ausbaus der Kreisverkehre sprechen und wie sich die laufenden Kosten entwickeln würden wenn eine ampelgeregelter Kreuzung in einen Kreisverkehr umgewandelt würde. Letztlich halten wir eine Ausweitung der grünen Pfeil Regelung für geeignet einen Beitrag zur Entspannung des Verkehrs zu leisten.*

Lassen Sie mich jetzt noch etwas zum Wohnungsbau sagen, da ich mich offensichtlich im Vorfeld missverständlich ausgedrückt habe. Es stimmt, dass wir der Meinung sind, dass die Instrumente die der Kommune zur Verfügung stehen ungeeignet sind die Wohnungsknappheit im preiswerten Wohnsegment nachhaltig zu beeinflussen.

Die derzeitige Systematik der Objektförderung führt offensichtlich nicht zum Ziel und auch SIM bringt keine signifikante Verbesserung am Wohnungsmarkt.

Zwei Fragen müssen beantwortet werden: zum einen, soll die Stadt in den kommenden Jahren weiter wachsen, denn hieraus könnte abgeleitet werden ob mit der jetzigen Strategie der Innenentwicklung weiter voran gegangen wird oder ob doch neue Wohnbaugebiete ausgewiesen werden müssten.

Und die zweite Frage: ist die aktuelle Form der Wohnungsbauförderung - also Objektförderung - geeignet eine signifikante Anzahl preiswerter Wohnungen zu erstellen oder wäre nicht doch eine Subjektförderung geeigneter. Da wir aber die vorgenannten Fragen für uns selbst noch nicht abschließend beantwortet haben, sind wir vorerst mit **dem** im Haushaltsentwurf aufgenommenem Weg beim Wohnungsbau einverstanden.

Nicht einverstanden sind wir aber nach wie vor mit den durch die Stadt verursachten Mietnebenkosten in Form der Grundsteuer. Die 2009 erfolgte Anhebung um 120 Punkte muss jetzt weder langsam abgesenkt werden. Daher fordern wir im kommenden Haushalt eine Absenkung um 30 Punkte und in den kommenden Jahren eine Rückführung des Hebesatzes auf 400 Punkte.

Auf Kinder und Jugendliche wird seit längerem ein besonderer Fokus in unserer Stadt gelegt. Kinderfreundliches Stuttgart ist da nur ein Aspekt und wir sehen es mit Freude, dass für die Umsetzung der definierten Ziele auch ein Budget vorhanden ist. Darüber hinaus gibt es aber noch andere Aufgaben die der Kinderbeauftragten der Stadt zufallen und wir sind der Meinung und haben dies auch beantragt, dass die Kinderbeauftragte ein darüber hinaus gehendes Budget erhalten sollte.

Bei den Schulen läuft das Sanierungsprogramm und einige Neu und Umbauprojekte finden sich auch im Haushaltsentwurf. Daneben darf aber nicht vergessen werden, **dass auch die KiTas** in städtischer Trägerschaft teilweise in die Jahre gekommen sind. Kitas sind ebenso wichtige Bildungseinrichtungen wie die Schulen und müssen daher in einwandfreiem Zustand gehalten werden. Wir fragen daher wann und mit welchem Aufwand in ein Sanierungsprogramm Kitas eingestiegen werden kann, um nicht das gleiche Desaster zu erleben wie bei den Schulgebäuden.

Die Schullandschaft verändert sich in einem atemberaubenden Tempo und der Schulträger kann und muss hierbei die Zukunft der Schulen mitgestalten. Es ist jedoch eine starke Abhängigkeit von der Mitarbeit der Schulen bei den Planungsprozessen gegeben. Insbesondere die Campuslösungen, bei denen mehrere Schularten gemeinsam in einem Areal agieren, Räume nutzen sowie Mensa, Sport und Freiflächen, sind gelungene pädagogische Konzepte die Grundlage jeder Planung. Wir sind der Meinung, hier muss die Verwaltung flexibel planen können und beantragen daher, neben zwei Einzelmaßnahmen, die Erhöhung der pauschalen Planungsmittel in Doppelhaushalt.

In diesem Kontext sehen wir es auch als zwingend notwendig an, die Jugendsozialarbeit **jetzt** auf alle Stuttgarter Schulen auszuweiten, auch auf die Schulen in freier Trägerschaft, und anteilig bei den Trägern der Jugendsozialarbeit die Leitungsfunktionen zu fördern.

Und wenn ich hier bereits die Schulen in freier Trägerschaft erwähne, interessiert es uns welche finanziellen Auswirkungen die Erhöhung der Zuschüsse für Sachkosten an die Schulen in freier Trägerschaft hätte, da wir meinen, dass hier nachgebessert werden muss.

Unsere weiteren Anträge beschäftigen sich mit der Fortführung bestehender oder weit fortgeschrittener Projekte, so sind wir u.a. der Meinung, dass jetzt alle Voraussetzungen gegeben sind die 50.000 € Planungsmittel für das Jugendhaus Botnang in den Haushalt einzustellen und dass es notwendig wäre ein, zwei Tennisplätze mehr umzuwandeln, bevor die ersten Kunstrasenplätze in der Stadt überholt werden müssen.

Wir würden gerne das Stadteilmanagement mit einer Stelle auf die Filder-Vororte ausweiten, kleine Verbesserungen an der Feierhalle auf dem Birkacher Friedhof umgesetzt sehen, wir fragen uns wie weit der Einbau von Dieselabgasabsauganlagen in den Feuerwehrhäusern fortgeschritten ist und fänden es gut, wenn es ein Budget für Gedenktafeln geben würde, um an Gebäuden solche **anbringen zu können** wenn den jemand Bedeutendes darin gewohnt hat. Die Erhöhung der Förderung des Stadtverbands der Chöre- Musik- und Karnevalsvereine für deren Jugendlichen, sowie die Aufnahme des Chors „Gospel im Osten“ wäre uns dann auch noch ein Anliegen.

Wir sind ebenfalls der Meinung, dass man, und zwar aus mehreren Gründen, noch einmal über eine Ausweitung öffentlicher Toilettenanlagen sprechen muss, und erwarten daher eine Auflistung wo im Stadtgebiet solche noch sinnvoll aufzustellen wären.

Über Sinnhaftigkeit lässt sich ja vortrefflich streiten, dass jedoch ein Fanprojekt für den Fußball und die damit verbundenen Nebenspielorte in Stuttgart sehr sinnvoll wäre, darüber wohl kaum! Wie dies zu finanzieren wäre muss noch ermittelt werden. Anders verhält sich das vielleicht mit dem von uns angedachten Public-Viewing zur EM, schauen wir mal.

Die Umsetzung aller Haushaltsbeschlüsse bedeutet eine Menge Arbeit und macht sich, wie die das ganze Jahr laufende Arbeit, natürlich, leider nicht von alleine sondern wird von hoffentlich motivierten Mitarbeitern geleistet.

Es ist und daher unverständlich, dass **nicht** alle Stellen, die ein Kriterium zur Stellenschaffung erfüllt haben auch zur Schaffung vorgeschlagen wurden. Die Kriterien sind ja nicht nur zum Spaß da, **sonst** bräuchte man sie ja nicht, sondern hoffentlich zur Objektivierung des Bedarfs an neuen Stellen. Dieses Vorgehen lässt schon ein wenig vermuten, dass erwartet wurde, dass der Gemeinderat diese Stellen natürlich schaffen wird und dann keinen Spielraum mehr sieht weitere Stellen zu ermöglichen. Ein Schalk der böses dabei denkt.

So und jetzt muss das natürlich alles noch finanziert werden und auch dazu haben wir verschiedene Vorschläge gemacht:

Der erste Punkt auf unserer Liste und deshalb steht er auch in Klammern, ist zugegebenermaßen nicht ganz sauber, denn da wir uns ja an demokratisch gefasste Beschlüsse halten (auch wenn wir diese für falsch erachten), wissen wir schon, dass eine Verschiebung der Rathausgarage um ein bis zwei Jahre in Summe kein Geld spart, jedoch stellt sich schon die Frage wie sich die Finanzierung über die Jahre verschiebt und ob daher in diesem Haushalt zumindest Investitionsmittel zur Verfügung stehen könnten. Und außerdem wollten wir es einfach nochmal erwähnt haben, dass wir dieses Vorhaben für unsinnig finden.

Auch über die Wagenhallen haben wir nachgedacht und lehnen die jetzige Planung / Sanierung ab. Da wir jedoch an gleicher Stelle durchaus einen Kulturbetrieb sehen, wenn auch in einem Neubau, ist auch hier keine Einsparung doch aber eine Verschiebung möglich.

Ganz anders sieht es da mit der Sanierung des Bad Berg aus. Wir können einfach nicht erkennen welchen Sinn es haben soll **ohne** weitere Konzeption der Bäderlandschaft und ohne wirklich zu wissen was gebraucht und welche Art Bad auch angenommen wird, fast 30 Mio€ in die Sanierung eines Bad zu stecken mit der Perspektive danach ein jährliches Defizit von 1,15 Mio€ auf mindestens Zehn Jahre zu haben.

Die Umstellung der Taxi Flotte auf E-Antriebe halten wir für ein gutes Projekt, wie auch die Punkte 1-5 aus dem Energiekonzept, sehen dies allerdings in der

Verwaltung falsch angesiedelt sondern als Aufgabe der Stadtwerke, die sich **in unseren** Augen auch zum Energieberater für die Stadt selbst und die Bürger weiterentwickeln sollen. Dazu braucht es auch öffentlichkeitswirksame Projekte die Sie in Ihrer Vorlage auch aufgeführt haben.

Mit grün in der Stadt, also mit Bäumen und Büschen, haben wir kein Problem, ganz im Gegenteil, wenn aber das städtische Grün nicht richtig gepflegt wird, dann haben wir schon eines. Hierbei liegt das Problem nicht an der Motivation der Mitarbeiter sondern an der Mitarbeiterknappheit und an der Ausrüstung. Wir schlagen daher vor, auf die angedachten 70 neuen Baumstandorte zu verzichten und einen Teil der freiwerdenden Mittel für die Ausstattung des entsprechenden Amtes und für die Pflege des Bestandsgrün einzusetzen.

Wir haben dann noch ein paar Punkte aufgelistet, wo wir die Mittelansätze einfach niedriger sehen oder Mittel von Dritten eingeworben werden müssen. Also das Projekt Mooswand, ein sehr gutes und innovatives, wissenschaftliches Vorhaben, das Projekt Urbane Gärten und das Dance Festival COLOURS. Jetzt wäre ich eigentlich am Ende, hätte ich nicht das Gefühl, etwas Wichtiges vergessen zu haben.

Stimmt: Stellen Sie sich einmal vor, in der ganzen Stadtverwaltung würde ein Jahr keine einzige Mitarbeiterin schwanger, was dann wohl passieren würde? Ich kann Ihnen das sagen, der Stadtverwaltung ginge das Geld für die Gehälter aus. Und warum geht das Geld aus? Weil nach wie vor, in den Planansatz für die Personalmittel, die vermutlichen Einnahmen aus der Umlage U2 der durchschnittlich 200 Schwangerschaften pro Jahr, mit eingerechnet werden. Es war sicher nicht der Gesetzeszweck, die Personalsituation durch die Erstattung unter Umgehung von Neubesetzungen, zu verbessern. Es ist jetzt endlich an der Zeit diese Praxis zu ändern, denn es würde vielen Mitarbeitern in der Stadt etwas nutzen, weniger den werdenden Müttern, aber den dagebliebenen, und kostet eigentlich streng genommen nichts.

Jetzt habe ich aber wirklich genug geredet, freue mich auf konstruktive Diskussionen, sehe der einen oder anderen Zurechtweisung entgegen und wünsche Ihnen allen und uns gute Beratungen.

Vielen Dank.